

KREISSTADT METTMANN Die Bürgermeisterin			Drucksachennummer
Beschlussvorlage			
Planen und Bauen	öffentlich	☒	272.1/2022
Schwarte, Bärbel	nicht öffentlich	☐	

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Gemeinsamer Ausschuss für strategische Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bauen sowie für Feuerwehr, Ordnungsangelegenheiten und wirtschaftliche Betriebe	5.a	14.06.2022
Rat der Kreisstadt Mettmann	9.1	21.06.2022

Vorstellung der Machbarkeitsstudie Feuer- und Rettungswache Laubacher Straße und Freigabe der Planungsmittel für die Wache am Standort Peckhauser Straße

Finanzielle Auswirkungen Ja
 Kosten 28 Mio. €
 Produkt 02.02.04
 Haushaltsjahr 2022 ff.
 Folgekosten
 Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☒ ja ☐ nein
 Deckungsvorschlag

Anmerkung der Stadtkämmerin:

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima
☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Standort Laubacher Straße wird für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache nicht weiterverfolgt. Die Planungsmittel für den Standort Peckhauser Straße in Höhe von 74,0 Mio, € werden freigegeben.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
Die Grünen			
SPD			
FDP			
Zur Sache!ME			
WGME			
AfD			
Die Linke			
Bürgermeisterin			

Verwaltungserläuterung:

Die als Anlage beigefügte Präsentation der Machbarkeitsstudie für eine Feuer- und Rettungswache am Standort Laubacher Straße der Planungsgruppe Gesterling/Knipping/Schone, Bremen, wird in der Sitzung durch Herrn Knipping vorgestellt und die Inhalte der Studie werden erläutert.

Anhand der Machbarkeitsstudie wird deutlich, dass der heutige Standort der Feuer- und Rettungswache für den Neubau einer auf den derzeitigen Bedarf ausgerichteten Wache auch unter Hinzuziehung von benachbarten Flächen nicht ausreichend ist und erst recht keine Zukunftsfähigkeit besitzt. Gleichwohl wird der Standort weiterhin für die Freiwillige Feuerwehr und den Rettungsdienst Bestand haben müssen.

Der Bedarf für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache wurde durch die 2. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans 2018 sowie den damals geltenden Rettungsdienstbedarfsplan (2021 neu aufgestellt) dokumentiert. In der Sitzung des Rates am 11.12.2018 wurde anhand der vorgelegten Standortanalyse (3013/2018) die einstimmige Entscheidung für den Standort an der Peckhauser Straße südlich der Astrid-Lindgren-Schule getroffen. Im Jahr 2019 wurde dann der Auftrag für eine Machbarkeitsstudie am Standort Peckhauser Straße erteilt, die Ergebnisse wurden am 02.09.2020 im Ausschuss für Bauen, wirtschaftliche Betriebe und Feuerwehrangelegenheiten vorgestellt. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Mittel für die Planung der neuen Hauptwache freizugeben, wurde nicht gefolgt. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der unterschiedliche Vorschläge und Varianten in mehreren Sitzungen beraten wurden. Hieraus resultierte letztlich der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.06.2021, den Standort an der Laubacher Straße noch einmal näher zu untersuchen – was mit der heute vorgestellten Machbarkeitsstudie abgeschlossen ist.

Der Bedarf für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache ist nach wie vor extrem hoch. Die Verwaltung schlägt daher vor, auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie von 2019 die Planung am Standort Peckhauser Straße nunmehr aufzunehmen. Die Planung ist mit allen erforderlichen Leistungsphasen europaweit auszuschreiben, eine Beauftragung in einzelnen Abschnitten ist möglich. Im Rahmen der Vorplanung wird dann eine erste Kostenschätzung erstellt.

Aufgrund der Personalsituation der Verwaltung, im Gebäudemanagement sind derzeit 2 von 4 Ingenieurstellen besetzt und die Personalgewinnung gestaltet sich schwierig, kann die Projektsteuerung nicht von der Verwaltung geleitet werden. Daher ist es angebracht, mit dieser Leistung ein externes Fachbüro zu beauftragen.

Parallel zur Gebäudeplanung sind dann auch die erforderliche Flächennutzungsplanänderung sowie die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 152 – Feuerwache Peckhauser Straße durchzuführen. Die einleitenden Verfahrensbeschlüsse wurden bereits im September 2020 gefasst.

Gez. Geschorec

gez. Traumann